

## **Unterrichtung**

durch die Bundesregierung

### **Zwischenbericht der Stiftung Deutsches Historisches Museum zur Arbeit an dem Realisierungsvorschlag zur Errichtung der Dokumentations-, Bildungs- und Erinnerungsstätte „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“**

Mit Beschluss vom 9. Oktober 2020 (Bundestagsdrucksache 19/23126) fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, einen Realisierungsvorschlag zur Errichtung einer Dokumentations-, Bildungs- und Erinnerungsstätte vorzulegen, die fokussiert der Geschichte und Aufarbeitung des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft gewidmet ist. Die Bundesregierung wird zudem aufgefordert, kontinuierlich über den Arbeitsstand zu berichten.

Gemäß dem bereits übermittelten Zeit- und Maßnahmenplan (Bundestagsdrucksache 19/26137) ist die Stiftung Deutsches Historisches Museum (DHM) federführend damit betraut, den Realisierungsvorschlag zu erarbeiten. Zum Stand der Arbeit an dem Realisierungsvorschlag hat das DHM den folgenden Zwischenbericht vorgelegt:

Der Zweite Weltkrieg und die Gewalt und Verbrechen der Deutschen prägen Europa bis heute. In Deutschland ist das Wissen außerhalb wissenschaftlicher Kontexte über die deutsche Kriegsführung – insbesondere den Vernichtungskrieg und die deutsche Besatzungsherrschaft – vergleichsweise gering. Dies steht in starkem Kontrast und Widerspruch zu der zentralen Bedeutung, die Krieg und Besatzungsherrschaft in vielen europäischen Ländern haben. Die Errichtung der Dokumentations-, Bildungs- und Erinnerungsstätte „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ (ZWBE) wirkt dem entgegen.

Um allen drei in ihrem Namen genannten Aufgaben – der Dokumentation, Bildung und Erinnerung – gerecht zu werden, sind neben Dauer- und Wechselausstellungsflächen, Räume für Bibliothek und Sammlung, ein Fellowship-Programm, Konferenz-, Seminar- und Workshop-Räume zur internationalen Begegnung sowie ein Ort der Erinnerung notwendig. Ziel ist es, eine Institution zu schaffen, die vielfältige Möglichkeiten einer geschichtsbewussten Annäherung und Verständigung bietet und die europäische Gegenwart vor dem historischen Hintergrund des deutschen Vernichtungskriegs und der Besatzungsherrschaft neu und besser zu verstehen ermöglichen wird.

#### **1. Ergriffene Maßnahmen**

Zur Umsetzung des Beschlusses (Bundestagsdrucksache 19/23126) sind in den vergangenen fünf Monaten die folgenden Schritte erfolgt:

##### **1.1 Einrichtung einer Stabsstelle**

Im Präsidium des Deutschen Historischen Museums (DHM) wurde eine Stabsstelle zur Einrichtung der Dokumentations-, Bildungs- und Erinnerungsstätte „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ (ZWBE) eingerichtet. Zunächst wurde die Stabsstelle bis Ende April 2021 interimistisch von Dr. Nike Thurn

(Stabsstelle Wissenschaftliches Programm, DHM) betreut. Bei der Ausschreibung der beiden wissenschaftlichen Stellen zeigte sich ein exzellentes Feld an Bewerberinnen und Bewerbern. Zum 1. Mai 2021 wurden sowohl die Leitung (E14) als auch die wissenschaftliche Mitarbeit (E13) hoch qualifiziert besetzt. Als Leiter der Stabsstelle konnte der Osteuropahistoriker Dr. Raphael Utz gewonnen werden, der bisher als Wissenschaftlicher Geschäftsführer des Imre Kertész Kollegs an der Friedrich-Schiller-Universität Jena tätig war. Die Mitarbeiterstelle wurde mit dem Historiker Martin Borkowski-Saruhan M.A. besetzt, der bisher mit einem Forschungsprojekt zum Alltag unter deutscher Besatzung in Ostoberschlesien an der Georg-August-Universität Göttingen gearbeitet hat.

Die Abteilung Zentrale Dienste des DHM hat die administrativen Arbeiten der neuen Stabsstelle zunächst übernommen. Eine Verwaltungsstelle (E11) wird aber zur Unterstützung der Stabsstelle – nachdem die beiden wissenschaftlichen Stellen nun erfolgreich besetzt werden konnten – ausgeschrieben.

## 1.2 Einberufung zweier Arbeitsgruppen

Der Präsident des DHM, Prof. Dr. Raphael Gross, hat eine Wissenschaftliche Arbeitsgruppe aus international profilierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern einberufen, die das DHM berät. Sie besteht aus: Prof. Dr. Dan Diner (Jerusalem, Israel/Leipzig); Dr. Gaël Eismann (Caen, Frankreich); Prof. Dr. Hagen Fleischer (Athen, Griechenland); Prof. Dr. Gelinada Grinčenko (Kharkiv, Ukraine); Prof. Dr. Christhard Hoffmann (Bergen, Norwegen); Prof. Dr. Volkhard Knigge (Jena); Prof. Dr. Werner Konitzer (Frankfurt/Oder); Dr. Ekaterina Makhotina (Bonn); Prof. Dr. Igor Narskij (Celjabinsk, Russland/Oldenburg); Uwe Neumärker (Berlin); Prof. Dr. Stefanie Schüler-Springorum (Berlin); Prof. Dr. Tatjana Tönsmeier (Wuppertal); Dr. Zofia Wóycicka (Warschau, Polen).

Dieser Arbeitsgruppe obliegt es insbesondere, Forschungsergebnisse, Kontroversen und Gedenken bezüglich des deutschen Vernichtungskriegs, der deutschen Herrschaft und Besatzungen jeweils aus internationaler und nationaler Perspektive zu analysieren, thematische Eckpunkte und angemessene Präsentationskonzepte zu diskutieren und anzuregen.

Darauf aufbauend hat der Präsident des DHM zusätzlich die Arbeitsgruppe „Erinnern und Gedenken“ einberufen. In diese wurden Expertinnen und Experten diesbezüglich profilierter deutscher Einrichtungen eingebunden: Floriane Azoulay (Arolsen Archives); Dr. Christine Glauning (Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Schöne-weide); Dr. Elke Gryglewski (Stiftung niedersächsische Gedenkstätten); Deborah Hartmann (Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz); Ulrike Kretzschmar (Stiftung Deutsches Historisches Museum); Dr. Jörg Morré (Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst); Uwe Neumärker (Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas); Dr. Andrea Riedle (Stiftung Topographie des Terrors); Prof. Dr. Jörg Skriebeleit (KZ-Gedenkstätte Flossenbürg); Friederike Steglich (Auswärtiges Amt); Prof. Dr. Johannes Tuchel (Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand); Prof. Dr. Jens-Christian Wagner (Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora).

Sie befassen sich u.a. mit dem Verhältnis der neu zu gründenden Einrichtung zu in Deutschland bestehenden oder sich im Aufbau befindenden Erinnerungsorten und Museen. Es ist vorgesehen, engen Kontakt und Austausch mit entsprechenden europäischen Einrichtungen und Opferverbänden zu pflegen.

Der Präsident des DHM sitzt beiden Arbeitsgruppen vor.

Der Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Uwe Neumärker, gehört beiden Arbeitsgruppen an, um entsprechend dem Beschluss des Deutschen Bundestages die Expertise dieser Einrichtung hervorgehoben einzubeziehen.

Die konstituierenden Sitzungen der beiden Arbeitsgruppen haben wie angekündigt im Januar bzw. Februar 2021 stattgefunden; weitere Sitzungen beider Arbeitsgruppen folgten in regelmäßigem Turnus im März bzw. April 2021.

Die Mitglieder beider Arbeitsgruppen wurden gebeten, zu zentralen Themen Diskussionsimpulse in Form von mündlichen und schriftlichen Beiträgen einzubringen. Um darüber hinaus den Austausch und die Beratung der Stabsstelle mit externen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Dokumentations-, Bildungs- und Gedenkstättenleiterinnen und -leitern kontinuierlich um weitere Perspektiven zu ergänzen und so das Ausmaß der Gewaltgeschichte umfassend zu begreifen, wurden im Anschluss an die regelmäßig alle vier Wochen – am letzten Freitag des Monats – stattfindenden Sitzungen der Arbeitsgruppen externe Referentinnen und Referenten zu 20-minütigen Kurzvorträgen mit anschließender Diskussion eingeladen. Es ist geplant, dieses Format während der Semester in internationalen Kooperationen mit wechselnden Hochschulen auszubauen. Die ersten Referentinnen und Referenten waren Prof. Dr. Martin Aust, Prof. Dr. Carlo Gentile und Prof. Dr. Tatjana Tönsmeier.

### 1.3 Workshops zur Governance

Im Januar und im April 2021 haben zwei Workshops mit juristischer Beratung zur Governance der neuen Dokumentations-, Bildungs- und Erinnerungsstätte stattgefunden, an denen der Präsident des DHM Prof. Dr. Raphael Gross, die Stellvertretende Präsidentin und Abteilungsdirektorin Ausstellungen des DHM Ulrike Kretzschmar und die Abteilungsdirektorin Zentrale Dienste des DHM Tania Lipowski teilgenommen haben. Die Gespräche dienten der Ausarbeitung der für den Realisierungsvorschlag benötigten Angaben zu den künftigen Gremien der zu schaffenden Einrichtung. Ein dritter Workshop hierzu mit den o.g. Personen sowie den beiden neu eingestellten Mitarbeitern der Stabsstelle ist bereits in Planung.

Das DHM wird den im Dezember 2020 angekündigten Realisierungsvorschlag Ende des Jahres 2021 an die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien überreichen, sodass im 1. Quartal 2022 die fachlich betroffenen Ressorts innerhalb der Bundesregierung beteiligt werden können und der Realisierungsvorschlag danach an den Deutschen Bundestag übermittelt werden kann.

## 2. Vorläufige Ergebnisse

### Grundlegende konzeptionelle Überlegungen

Das DHM stellt – unter Berücksichtigung der Diskussionen in den Arbeitsgruppen – folgende grundlegenden konzeptionellen Überlegungen fest:

#### 2.1 Dokumentation

Der Zweite Weltkrieg, der Vernichtungskrieg und die deutsche Herrschaft in Europa werden durch eine Dauerausstellung zur Besatzung und Wechselausstellungen dokumentiert. Die Dauerausstellung konzentriert sich auf die von Deutschland in den Jahren 1939 bis 1945 durch Krieg und Besatzungsherrschaft ausgehende Gewalt. Die Dimensionen der militärischen und rassenideologisch motivierten Besatzungsgewalt werden in der Ausstellung eine zentrale Bedeutung erhalten. Sie werden allerdings nicht additiv entlang nationaler Zugehörigkeiten oder zeitgenössischer bzw. heutiger staatlicher Gliederung dargestellt werden. Stattdessen wird ein chrono-thematischer Zugang verfolgt. Gleichzeitig werden die durch die deutsche Besatzungsherrschaft zerstörten oder veränderten staatlichen und nationalstaatlichen Strukturen nicht ausgeblendet. An unverzichtbare chronologische Informationen schließt sich ein thematischer Zugriff auf das Ausstellungsthema an: Exemplarisch werden über wechselnde europäische Kriegs- und Besatzungsherrschaften hinweg Querschnittsthemen, die grundlegende Erfahrungen der Okkupierten mit der deutschen Besatzung reflektieren, erschlossen. Dadurch trägt die Dauerausstellung zur historischen Differenzierung und Vertiefung des Wissens über die von Deutschland ausgehenden Gewaltverbrechen bei. Und damit treten auch viele bisher wenig beachtete Opfergruppen in unseren Blick. Dabei gilt es, zwischen einerseits der besatzungsbedingten Erfahrung von Entrechtung, Schutzlosigkeit und Bedrohung, welche alle Besetzten betraf, und andererseits den Opfern spezifischer Gewaltverbrechen zu unterscheiden. Auf diesem Wege wird die in Deutschland bisher öffentlich kaum zusammenhängend bekannte Geschichte von Vernichtungskrieg und Besatzungsherrschaft in unserer Dokumentation erstmals umfassend dargestellt.

Entlang der Querschnittsthemen soll sowohl die Verbindung zwischen der nationalsozialistischen Rassenideologie, dem Kriegsverlauf und der Eroberungspolitik behandelt werden als auch die Praxis der Gewalt in ihren verschiedenen u.a. manifesten, ökonomischen und strukturellen Formen dargestellt werden. Dokumentiert wird auf diesem Wege das tägliche Leben der besetzten europäischen Gesellschaften als zutiefst von Gewaltandrohung, Gewaltausübung und existentieller Verunsicherung geprägt. Im Zentrum steht dabei das Erleben der Besetzten. Gleichzeitig werden die verschiedenen Tätergruppen, die sich besondere Verbrechen zu Schulde kommen ließen, nicht ausgespart bleiben. Gewaltgeschichte ist ohne die Einbeziehung deutscher Tätergruppen und deren Prägung durch völkische und rasseideologischen Überzeugungen nicht erklärbar. Fallbezogen werden deren Antriebe den Gewalterfahrungen der Besetzten gegenübergestellt.

Zwei mögliche Beispiele für Querschnittsthemen könnten sein:

#### a) „Der verbrecherische Krieg“

Die deutsche Kriegsplanung und -führung wird als von Beginn an verbrecherisch und durch rassenideologische und ökonomische Ziele motiviert dargestellt. Sie zielte auf die Errichtung einer deutschen Herrschaft über weite Teile Europas durch militärische Unterwerfung der Nachbarländer unter Verneinung des bestehenden Völkerrechts. Es wird durch die Darstellung deutlich werden, in welcher Weise sich der Krieg und die Besatzung in West- und Osteuropa ähnlich waren, wo sie sich unterschiedlich entwickelten und welche ideologischen Faktoren

dabei eine Rolle spielten. Die deutsche Gesellschaft war dabei über vielfältige staatliche, militärische, wirtschaftliche und Parteiinstitutionen eingebunden. Die Bandbreite der einzelnen Aspekte umfasst unter anderem:

- Ausdehnung der deutschen Herrschaft in Mitteleuropa 1938/39: Diplomatie, Drohung, Zwang;
- Vernichtungscharakter des Kriegs im Osten: Bruch des Völkerrechts, verbrecherische Wehrmachtsbefehle, Massaker an der Zivilbevölkerung, Ermordung von Kriegsgefangenen;
- Praxis der verbrecherischen Neuordnung: Zerstörung von Staatlichkeit und territorialer Einheit, rassistische Hierarchisierung der Bevölkerung, Versklavung, Verschleppung, wirtschaftliche Ausplünderung;
- Beteiligte deutsche Institutionen und gesellschaftliche Gruppen, z. B. Reichsministerien, Reichsbahn, Wirtschaftsunternehmen, Zivilangestellte, Ärzte, Wehrmacht, SS, Polizei / Zoll / Grenzschutz.

#### **b) „Zwangsarbeit“**

Eine Darstellung der vielfältigen Formen von Zwangsarbeit macht die europäische Dimension der Hierarchisierung der besetzten Bevölkerungen durch die deutschen Besatzer nach jüdenfeindlichen und rassistischen sowie etwa ökonomischen Nützlichkeitswägungen sichtbar. An ihr werden sowohl Unterschiedlichkeit als auch Vergleichbarkeit der Erfahrungen besonders deutlich. Einzelne Aspekte umfassen beispielsweise:

- Rekrutierungswege: Anwerbung, Aushebung, Straßenrazzien, Razzien in Betrieben, Verschleppung (nach Deutschland/ innerhalb besetzter Gebiete/ zwischen besetzten Gebieten);
- Zwangsarbeit von Kriegsgefangenen;
- Existenziell unsichere Lebensbedingungen, materielle Ausbeutung, rassistische Versorgungsregime, Polen-Erlasse, Ostarbeitererlass, „Ausländerkinder-Pflegestätten“;
- Vielfalt der Zwangsarbeitskontexte, Arbeitsbedingungen, Arbeitsunfälle/ Invalidität;
- „Disziplinierung“ von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern/ Werkschutz/ Arbeitserziehungslager;
- Zwangsarbeiter auf Todesmärschen;
- Zwangsarbeit in Ghettos/ Zwangsarbeitslager für Juden auf besetztem Gebiet; Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen.

Durch dieses Vorgehen wird vermieden, dem Eindruck einer allein auf quantitativen Kategorien beruhenden Hierarchisierung von Gewaltopfern Vorschub zu leisten. Zugleich werden Unterschiede hinsichtlich Formen, Ausmaß und Intensität von Gewalt zwischen den Besetzungsschauplätzen bzw. innerhalb der von Besatzung betroffenen Bevölkerungen sichtbar gemacht. Angestrebt wird eine europäische Perspektive auf das Thema deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg, die mit dem Blick auf Deutschland als Tätergesellschaft historische Aufklärung leistet und für die sehr unterschiedlichen Besatzungs- und Gewalterfahrungen der europäischen Nachbarn sensibilisiert.

Ein Teil der Dauerausstellung könnte auch eine Auseinandersetzung mit der in Deutschland nach 1945 erfolgten oder nicht erfolgten justiziellen Aufarbeitung der während der Besatzungszeit verübten Verbrechen ausmachen. Hier würde ein Fokus nicht nur auf die erfolgten, sondern auch die nicht erfolgten Strafverfolgungen gelegt. Dadurch würde man einen bedeutsamen Aspekt der Nachgeschichte der Besatzungsherrschaft gerade auch für ein deutsches Publikum und die Notwendigkeit des gesamten Projekts sichtbar machen.

Die Wechsausstellungen werden sich mit spezifischen Themenkomplexen der Besatzungsgeschichte und der Erinnerungs- und Gedächtnisgeschichte des Zweiten Weltkriegs und der deutschen Besatzungsherrschaft bis in die Gegenwart hinein beschäftigen. Damit wird diesem für die heutige Bedeutung des Zweiten Weltkriegs wichtigen Bereich ein flexibles Format gewidmet, das die ereignisgeschichtliche Dauerausstellung dynamisch ergänzt.

## **2.2 Bildung**

Das Bildungskonzept wird in enger Beratung durch die Arbeitsgruppe Erinnern und Gedenken erarbeitet werden. Schon jetzt zeichnet sich eine Gliederung in drei Formate ab:

#### **a) Internationaler Wissenschaftsdialog:**

Ein Internationales Fellowship-Programm sichert die europäische Vernetzung und den internationalen Austausch unter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Kuratorinnen und Kuratoren sowie Museumspädagoginnen und -pädagogen. Es eröffnet neben der je eigenen anwendungsbezogenen Forschung die Möglichkeit der gemein-

samen Erarbeitung interdisziplinärer Ausstellungs-, Bildungs- und Vermittlungskonzepte. Zentral für das Gelingen des Programms ist eine große Diversität der Fellows, nicht nur in Bezug auf ihre Herkunft, sondern auch auf die Spannbreite ihrer Erfahrungen – von anerkannten und etablierten Vertreterinnen und Vertretern ihrer Fächer bis zu aufstrebenden Nachwuchskräften –, und deren optimale Betreuung und Unterstützung vor Ort, um ihnen die besten Bedingungen zu geben, ein für die Forschung an der deutschen Besatzungsherrschaft relevantes Projekt voranzutreiben. Gleichzeitig ist das Fellowship-Programm auch Basis für ein Tagungs-, Workshop- und Seminarprogramm, mit dem das Dokumentationszentrum den Anschluss an die internationale Forschungsentwicklung kontinuierlich absichert.

## **b) Pädagogik**

Alle pädagogischen Angebote sind dem Grundsatz des „forschenden Lernens“ verpflichtet und richten sich an verschiedene Zielgruppen, z. B. Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Landes- und Bundesbehörden. Bei der Entwicklung insbesondere der Dauerausstellung werden zu einem geeigneten Zeitpunkt Museumspädagoginnen und -pädagogen miteinbezogen. Nach der Diskussion von Best-Practice-Beispielen aus bestehenden internationalen Einrichtungen in der Arbeitsgruppe Erinnern und Gedenken herrscht Konsens darüber, dass die Bildungsarbeit insgesamt einen transnationalen Ansatz verfolgen muss.

## **c) Öffentlichkeit**

Für die interessierte Öffentlichkeit ist neben einem breiten web-basierten Informationsangebot auch ein Veranstaltungsprogramm vorgesehen, das Vorträge, Diskussionen und Filmgespräche umfassen wird.

## **2.3 Erinnerung**

Die Institution muss ein würdiges Gedenken an die Opfer der deutschen Besatzungsherrschaft in Europa ermöglichen. Dies erfordert tiefgehende historische Analyse und die Einbeziehung der Forschungen, Bewertungen und Gedenken in den Ländern, die Opfer deutscher Besatzung wurden. In der gesamteuropäischen Perspektive ist dabei entscheidend die Vielfältigkeit der Gewalterfahrungen verschiedener Opfergruppen in ihrer Vergleichbarkeit und Unterschiedlichkeit zu beleuchten. Zentral für die Entwicklung einer würdigen Erinnerungs- und Gedenkpraxis ist daher die Einbeziehung der Opfer von rassenideologischer Gewalt, z. B. Antisemitismus, Medizinverbrechen, Zwangsarbeit, sexueller Gewalt oder Verschleppung. Dafür werden in der Arbeitsgruppe Erinnern und Gedenken produktive Formate des Austauschs mit Opfern, ihren Nachfahren oder Vertretergruppen diskutiert.

## **2.4 Raumbedarf**

Unterschiedliche Raumcharakteristika sollten den vielfältigen Anforderungen und den verschiedenen Funktionen der neu zu gründenden NS-Dokumentations-, Bildungs- und Erinnerungsstätte gerecht werden und Aufarbeitung und Begegnung, Gedenken und Information ermöglichen. Hierfür wird ein barrierefreies Bestandsgebäude oder ein barrierefreier Neubau in der Mitte Berlins benötigt. Aufgrund der zahlreichen Kriterien, die es hierbei zu berücksichtigen gilt, empfiehlt sich etwa ein historisches Gebäude, das deutlich mit Aspekten der NS-Besatzungsherrschaft verbunden ist, oder ein Neubau und damit die Suche nach einem geeigneten Grundstück sowie die Auslobung eines Realisierungswettbewerbs nach den aktuellen Richtlinien für Planungswettbewerbe.

Zum jetzigen Zeitpunkt und entsprechend der konzeptionellen Überlegungen muss das Gebäude Räume für die Dauer- und Wechsellausstellungen (4.000 m<sup>2</sup> bzw. 2.000 m<sup>2</sup>), Seminarräume für die Bildungsarbeit (200 m<sup>2</sup>), ein Auditorium (300 m<sup>2</sup>), Konferenzräume (200 m<sup>2</sup>) sowie Räume für Bibliothek und Sammlung (1.000 m<sup>2</sup>) bereithalten. Auf dieser Grundlage und mit Blick auf Verwaltungs-, Publikums- und Logistikräume etc. erscheint ein Gesamtflächenbedarf von ca. 10.000 m<sup>2</sup> realistisch.

## **3. Nächste Schritte und Initiativen des DHM**

### **3.1 Realisierungsvorschlag**

Zunächst wird vordringlich die inhaltliche Konzeption der Dauerausstellung vorangetrieben werden. Im Zuge dieses Prozesses wird auch das Verhältnis zwischen der zukünftigen Dauerausstellung und den Wechsellausstellungen programmatisch geklärt. Insbesondere in der Arbeitsgruppe Erinnern und Gedenken soll darauf aufbauend ein Konzept zur künftigen Zusammenarbeit mit den bestehenden Gedenkstätten in Deutschland, zum nachhaltigen

Austausch mit geeigneten Gedenkstätten und Museen in den ehemals besetzten europäischen Ländern und Opferverbänden entwickelt werden.

Des Weiteren müssen geklärt werden: Raumbedarf, Sammlung, Personaltabelleau, Rechtsform, Publikationsformate, Mehrsprachigkeit, Aufbau von Forschungszusammenhängen.

### **3.2 Symposium „Historische Urteilkraft“ zu „Gewaltgeschichte(n)“**

Zur weiteren Vorbereitung der Konzeption der Dokumentations-, Bildungs- und Erinnerungsstätte „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ (ZWBE) hat das DHM beschlossen, die nächste Ausgabe seines jährlichen internationalen Symposiums „Historische Urteilkraft“ dem Thema „Gewaltgeschichte(n)“ zu widmen. Das Symposium findet seinem üblichen Turnus gemäß im Frühjahr 2022 statt. In zeitlicher Parallele zur Erstellung des vorliegenden Berichts gehen hierzu Anfragen an einschlägig ausgewiesene Referentinnen und Referenten heraus.

### **3.3 Magazin „Historische Urteilkraft“ zu „Gewaltgeschichte(n)“**

Die Beiträge des Symposiums werden in der nächsten Ausgabe des Magazins „Historische Urteilkraft“ publiziert und bilden deren Titelthema.

Das Magazin erscheint zeitgleich zum Symposium im Verlag C. H. Beck und ist im Buchhandel sowie über den Webshop des DHM erhältlich.

### **3.4 Ausstellung „Besatzungs- und Gewaltgeschichte(n)“ und Katalog**

Zudem konkretisiert sich die Absicht, die Diskussionen und Ergebnisse des Symposiums in eine vorbereitende Wechselausstellung zum Thema „Gewaltgeschichte(n)“ einfließen zu lassen. Deren Eröffnung ist für 2024 im DHM geplant. Laufende interne Gespräche betreffen die Planungen für Zeitraum und Größe der Ausstellung, den konzeptionellen Zugriff auf das Ausstellungsthema sowie die Rahmenbedingungen der Ausschreibung und Besetzung der Stellen für das Team der Kuratorinnen und Kuratoren.

### **3.5 Publikation**

Darüber hinaus wurden mit Verlagen erste Gespräche über eine publikumswirksame Publikation zur deutschen Besatzungsherrschaft in Europa geführt, die voraussichtlich Ende 2022 erscheinen wird.

### **3.6 Summer School**

Zur Etablierung der neuen Einrichtung im Zentrum der Diskurse um die deutsche Besatzungsherrschaft, für den Aufbau eines internationalen Netzwerks und zur Förderung des wissenschaftlichen, museumspädagogischen und kuratorischen Nachwuchses sind zunächst während der Entstehungszeit der Dokumentations-, Bildungs- und Erinnerungsstätte „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ (ZWBE) internationale und interdisziplinäre Summer Schools mit Volontärinnen und Volontären aus Gedenkstätten und Museen, Doktorandinnen und Doktoranden sowie Post-Doktorandinnen und Post-Doktoranden geplant. Aufgrund des derzeit noch nicht absehbaren Endes der Pandemie ist die erste dieser Summer Schools für Juli 2023 geplant. Die Referentinnen und Referenten des Symposiums werden hierfür zugleich als Lehrende angefragt; ebenso die Mitglieder der beiden Arbeitsgruppen. Weitere Programmpunkte beinhalten einen Workshop mit dem kuratorischen Team der DHM-Ausstellung „Gewaltgeschichte(n)“ sowie gemeinsame Besuche der einschlägigen bestehenden Berliner Institutionen und Diskussionen mit deren Leiterinnen und Leitern.

## **4. Zusammenfassung**

Die am DHM angesiedelte Stabsstelle zur Erarbeitung des Realisierungsvorschlags für die Errichtung des Dokumentationszentrums „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ (ZWBE) hat unmittelbar nach der Beauftragung durch die BKM ihre Arbeit aufgenommen. Sie konzentriert sich mit Unterstützung zahlreicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DHM und der neu gegründeten und äußerst aktiven Arbeitsgemeinschaften auf die Erarbeitung einer Vorlage für den Deutschen Bundestag.

Es ist erfreulich, dass nach langjähriger gesellschaftlicher Debatte dieses bedeutende Thema nun eine Form erhält und Gestalt annimmt. Vor dem Hintergrund der europäischen Geschichte und ihrer Gegenwärtigkeit wird das Dokumentationszentrum ein Meilenstein in der fortwährenden Auseinandersetzung Deutschlands mit seiner Geschichte sein.



